

Vorwort

Gerd Valchars berührt mit seinem Buch ein – vielleicht das entscheidende – Defizit nationalstaatlicher Demokratie: den Ausschluss von Menschen, die zwar der Herrschaft des Staates, in dem sie leben, unterworfen sind, ohne aber an dessen politischem Entscheidungsprozess grundsätzlich beteiligt zu sein. Den attischen Heloten gleich besitzen „Ausländer“, die in Österreich (oder anderswo) kein Mitspracherecht – auch wenn sie hier legal und auf Dauer wohnen, arbeiten, sowie Steuern und Abgaben zahlen.

Dieses Dilemma der Demokratie der Gegenwart wird umso deutlicher, weil die mit der Globalisierung verbundene ökonomische Mobilität eine entsprechende soziale Mobilität nach sich zieht: nicht nur das Kapital wandert, auch und immer mehr Menschen wandern. Die Zahl derer, die als „Fremde“ keine demokratische Mitbestimmungsmöglichkeit in dem Land haben, in dem sie wohnen, steigt ständig an.

Valchars richtet seinen wissenschaftlichen und daher unvermeidlich kritischen Blick auf das österreichische Beispiel. Er weist zu recht darauf hin, dass das in Österreich (wie auch in anderen Staaten) axiomatisch festgeschriebene Konzept der „Volkssouveränität“ eine Eindeutigkeit des Begriffes „Volk“ fingiert, die am Beginn des 21. Jahrhunderts weniger denn je stimmt: Volk ist eben nicht Volk ist nicht Volk ist nicht Volk. Zum Volk gehört, wer aus Gründen politisch definierter und jederzeit veränderbarer Kriterien in den Besitz eines Dokuments gelangt, eines Stücks Papier, auf dem „Staatsbürgerschaft“ steht.

Das intellektuelle und zunehmend auch politische Ungenügen dieser Fiktion von der Eindeutigkeit des Volkes wird umso deutlicher, je intensiver Österreich als Teil der Europäischen Union mit dem Binnenmarkt der EU verflochten ist. Denn jemand, der (die) nach den politisch definierten Kriterien in den Besitz der Staatsbürgerschaft etwa der Republik Irland gekommen ist, besitzt in Österreich damit automatisch Rechte, die auch – beschränkte – politische Mitspracherechte einschließen. Österreich hat aber keinerlei Möglichkeit, die Kriterien mitzubestimmen, nach denen Irland definiert, wer zum irischen Volk gehört und wer nicht. Die Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft machen vieles, was durch eine bestimmte Migrations- und Integrationspolitik definiert wird, de facto obsolet.

Valchars' aussagestarke Belege von einer besonders restriktiven Handhabung des Zuganges zur österreichischen Staatsbürgerschaft unterstreichen, wie sehr sich Fiktion an Fiktion reiht: Aus innenpolitischen Gründen wird etwas „verschärft“, was sich weitgehend de facto dem Zugriff österreichischer Politik ohnehin entzieht. Denn jede(r) kann ja die rigiden österreichischen Bestimmungen unterlaufen, indem er (sie) die liberalen Bestimmungen eines anderen EU-Staates nützt, um dann,

versehen mit dessen Staatsbürgerschaft, in Österreich bestimmte Rechte zu genießen.

Mit seinem Buch „Defizitäre Demokratie“ leistet Gerd Valchars einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratietheorie. Die „inklusive Demokratie“, die er skizziert, ist nicht einfach das Produkt eines (seines) Wunschdenkens. Sie ist vielmehr die konsistente, in sich logische Konsequenz des Prinzips der Betroffenheit: Wer von politischer Herrschaft betroffen ist, soll – wenn der Grundgedanke der Demokratie bemüht wird – auch an der Legitimation dieser Herrschaft beteiligt sein.

Diese Weiterentwicklung der Demokratie rührt an etablierte Interessen; und reibt sich auch an der Versuchung politischer AkteurInnen, die Ressentiments derer zu mobilisieren, die – weil selbst „Volk“ – andere nicht zum Teil des Volkes werden lassen. Der Autor entlarvt auf diese Weise all die Vorstellungen, die von einem selbstverständlich gegebenen Begriff von Volk ausgehen, als Ideologie – als interessenabhängiges Wunschdenken. Valchars' Buch ist damit auch eine theoretische Auseinandersetzung mit dem (rechten) Populismus, der seinem Wesen nicht Demokratie nicht inklusiv, sondern exklusiv versteht.

Anton Pelinka, im Februar 2006